



Bayerischer Schulaufsichtsverband ★ Kirchplatz 12 ★ 85617 Aßling

Per E-Mail

Herrn Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo
Bayr. Staatsministerium für Unterricht u. Kultus

Landesvorsitzender
Jürgen Heiß, Schulamtsdirektor

Kirchplatz 12
85617 Aßling
☎ 0170 22 10 365
[@juergen.heiss@schulaufsichtsverband.de](mailto:juergen.heiss@schulaufsichtsverband.de)

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Ort, Datum
-/-	-/-	he/lvo/la	Aßling, 24.07.2022

Brandbrief des Bayerischen Schulaufsichtsverbandes / Schulräteverbandes e. V.;
hier: Personalversorgung an Grund- und Mittelschulen im Schuljahr 2022/23

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazolo,

aus großer Sorge um die Personalversorgung an den bayerischen Grund- und Mittelschulen im Schuljahr 2022/23 und mit Blick auf die dort unterrichteten Kinder und Jugendlichen wenden wir uns mit diesem Schreiben an Sie sowie an Herrn Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder.

Die Bezirksregierungen und Staatlichen Schulämter haben die Aufgabe, eine tragfähige Klassenbildung und Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Gemäß den bislang vorliegenden internen Informationen und den uns aktuell zur Verfügung stehenden Maßnahmen wird die Personalabdeckung in den genannten Schularten im Herbst 2022 nicht gelingen. Die zur Verfügung gestellten Stundendeputate und Vertragskontingente allein werden aufgrund des stark überlasteten Arbeitsmarktes nicht ausreichen, die bereits jetzt vorhersehbaren Lücken zu schließen. Die Abdeckung von personellen Ausfällen während des Schuljahres durch die mobile Reserve kann nicht gewährleistet werden, da sie vielerorts bereits zu Schuljahresbeginn - etwa durch den notwendigen Ersatz schwangerer Kolleginnen - weitgehend aufgebraucht sein dürfte.

Wir fordern daher eindringlich eine schnellstmögliche Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Sofortiger Abwerbestopp von Zweitqualifikantinnen und Zweitqualifikanten an Gymnasien und Realschulen durch das Staatsministerium

Die derzeit an den Grund- und Mittelschulen eingesetzten und dort aufwändig nachqualifizierten Lehrkräfte hatten grundlegend die Zusage erhalten, in ihre grundlegende Schulart wechseln zu können. Ein proaktives Abwerben durch das Kultusministerium ist aus unserer Sicht jedoch ein nicht nachvollziehbarer Schlag ins Kontor für die Personalabdeckung an Grund- und Mittelschulen. Eine vergleichsweise komfortable personelle Versorgung an diesen Schularten darf - auch aus gesellschaftspolitischer Sicht -

keinesfalls auf Kosten der bereits weit über die Maßen unterversorgten Grund- und Mittelschulen gehen.

- Rückversetzung des in den vergangenen Wochen bereits an Gymnasien und Realschulen angeworbenen Personals aus der Zweitqualifizierung an Grund- und Mittelschulen
- Rücknahme der ausgebrachten Planstellen an Gymnasien und Realschulen zur Beschulung aus der Ukraine geflohener Kinder und Jugendlicher
- Vorübergehende und bayernweit einheitliche Kürzung der Stundentafel
- Aussetzung zusätzlicher Aufgabenfelder nebst zugehöriger Anrechnungsstunden für Lehrkräfte
- Aufhebung des allgemeinen Betretungsverbotes für schwangere Lehrerinnen an Schulen
- Konsequenter Rückhalt durch das Staatsministerium

Dies gilt insbesondere, wenn Staatliche Schulämter und Schulen unpopuläre Maßnahmen, etwa Kürzungen oder Zusammenlegungen, veranlassen müssen. Elternbeschwerden über die Presse und die Politik sind zu erwarten. Wir bitten daher dringend Vorsorge zu treffen, dass nicht jede einzelne Schule oder jedes Staatliche Schulamt einzeln zu treffende Maßnahmen (z. B. Stundenreduzierungen) in einem aufwändigen Verwaltungsprozess rechtfertigen muss. Hierfür wird unter anderem eine transparente und ehrliche Darstellung vorliegender Personalengpässe gegenüber Öffentlichkeit und Elternschaft vonnöten sein.

2

Die Verantwortlichen an den Staatlichen Schulämtern und Bezirksregierungen, für deren Belange wir als Verband eintreten, agieren seit Langem mit größtmöglichem Einsatz und mit dem Ziel, Personalausfälle an den bayerischen Grund- und Mittelschulen zu kompensieren. Sollten keine flächendeckend wirksamen Unterstützungsmaßnahmen aus dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus erfolgen, sehen wir vor Ort einen nicht mehr bewältigbaren öffentlichen Druck auf die Staatlichen Schulämter zurollen.

Wir bitten Sie daher eingehend darum, den beschriebenen Nöten und den damit verbundenen Lösungsansätzen höchste Priorität einzuräumen und mit größter Dringlichkeit zu begegnen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Jürgen Heiß
Landesvorsitzender
Bayerischer Schulaufsichts- / Schulräteverband e. V.